## Gießener Allgemeine vom 1. April 2014

## Diakonie und Kreis

## Wunsch: Schuldnerberatung in Grünberg wiederbeleben

Gießen/Grünberg (kw). Bei der derzeitigen Überprüfung der Verträge zu Kreis-Zuschüssen im Sozialbereich geht es nicht nur um Kürzungen. Auch über Erhöhungen werde diskutiert. Insbesondere wäre eine Wiederbelebung der Schuldnerberatung in Grünberg »absolut wünschenswert«. Das sagte der Erste Kreisbeigeordnete Dirk Oßwald (FW) gestern auf GAZ-Anfrage.

Wiederbeiebung der Schuldnerberatung in Grünberg »absolut wünschenswert«. Das sagte der Erste Kreisbeigeordnete Dirk Oßwald (FW) gestern auf GAZ-Anfrage.

Im Jahres-Pressegespräch des Diakonischen Werks Gießen (Bericht auf Seite 26) hatte Bereichsleiter Werner Ruppel-Sinn auf die vielen Ratsuchenden aus dem Osten des Landkreises hingewiesen. Etwa die Hälfte der 940 im vergangenen Jahr gezählten Klienten sind Kreisbürger. Von ihnen wohnen 53 in Grünberg und 45 in Laubach. Nur Pohlheim (50) und Buseck (43) verzeichnen ähnlich hohe Zahlen. Alle Kreisbewohner müssen seit drei Jahren nach Gießen zur Beratung kommen. Damals hatte die Diakonie den Standort Grünberg wegen Finanzproblemen geschlossen.

Der Kreis habe auf diese Entscheidung keinen Einfluss gehabt, da eine Beratung im Ostkreis nicht ausdrücklich im Zuschussvertrag aufgeführt war, erläuterte Oßwald jetzt. Die Schließung ein nachvollzieher aber bedauerlich gewesen

ziehbar, aber bedauerlich gewesen.
Stadt und Kreis stellen derzeit unter dem Schutzschirm sämtliche Sozial-Zuschüsse auf den Prüfstand. Die Diskussion sei in der »Hochphase« und solle im Sommer abgeschlossen sein, erklärt Oßwald. Dann werde auch entschieden, ob es mehr Geld für Schuldnerberatung gibt, damit sie wieder in Grünberg angeboten werden kann.

der in Grünberg angeboten werden kann.

Die Verwaltung werde vorschlagen, Tarifveränderungen grundsätzlich mit in die neuen Zuschussverträge aufzunehmen. Dies sei bei Abschluss der Vereinbarungen in den Jahren 2004/05 nicht ausreichend berücksichtigt worden. Wie das Diakonische Werk hätten deshalb auch andere Verbände ihre Angebote wegen Gehaltssteigerungen zusammenstreichen müssen. Die Diakonie bezahlt die Schuldnerberatung zu 40 Prozent aus Kirchensteuermitteln.